



Nr. 735. Abend-Ausgabe.

Sechsundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Dinstag, den 20. October 1885.

## Die Steuerpolitik.

# Berlin, 19. October.

Die bevorstehende Legislaturperiode des Landtages wird unter allen Umständen Steuergesetze bringen. Es liegen dafür ganz bestimmte Neuerungen der Regierung vor; man kann sich zum Beweise dafür auf die Steuervorlagen berufen, welche in der vorigen Session unerledigt geblieben sind, und endlich verweist der Wahlaufruf der Conservativen auf die Notwendigkeit, das Gesetz über veränderte Veranlagung der Einkommensteuer und Einführung der Capitalrentensteuer von Neuem vorzulegen.

Dass Steuervorlagen kommen werden, wissen wir; wie diese Steuervorlagen beschaffen sein werden, wissen wir nicht. Die Regierung hält es für einen Zug überlegener Weisheit, dass sie ihre Absichten vor der Hand geheim hält; sie betrachtet es als eine thörichte Zumutung, ihre Absichten schon jetzt der Kritik preiszugeben. Nun, einer Kritik von Seiten der freisinnigen Partei werden ja die Vorlagen unter keinen Umständen entgehen; verhindern wird nur, dass die freisinnigen Kandidaten sich schon jetzt überzeugen, ob die Kritik, welche sie anlegen werden, mit der Kritik der Wähler übereinstimmt. Dass hierin ein Vortheil für die Regierung liegt, beweise ich keinen Augenblick; beachtenswerth ist immerhin das Zugehörniß, dass der Regierung eine gegenwärtige Kenntniß der Wähler von ihren zukünftigen Absichten unbedeckt ist; den Wählern wird es unbedeckt sein, dass sie diese Kenntniß zu spät erhalten.

Der Gesetzentwurf, wie er vor zwei Jahren vorgelegt worden ist, bedeutet eine erheblich schärfere Anziehung der Steuerschraube. Jeder Mann soll verpflichtet sein, sein Einkommen selbst zu declariren. Jede auch nur gelegentliche und zufällige Einnahme soll angegeben werden; die schwersten Strafen stehen auf der Verschweigung eines Theils des Einkommens. Nicht allein die wirklichen Thatsachen sollen richtig angegeben werden, sondern sogar ein Fehler, denemand im Urtheil über seine Vermögensverhältnisse begeht, ist mit Strafe bedroht. Der Steuerfraz soll in Zukunft 5 Prozent vom Allem demjenigen Einkommen betragen, welches Jemand als Capitalzins bezieht, also aus Staatspapieren, Hypotheken, Aktien u. s. w.; für alles übrige Einkommen bleibt die Steuer unverändert 3 Prozent. Die Capitalrentensteuer wird zu den Communalzuschlägen in derselben Höhe wie alles übrige Einkommen herangezogen.

Man denke sich folgenden Fall. In einer Stadt, die 100 Prozent Communalzuschläge hat, lebt eine Witwe, deren ganze Erwerbsquelle ein kleines Vermögen ist, das ihr 4000 Mark Zinsen bringt. Sie ist bisher nur mit 3000 Mark veranlagt gewesen und die Steuercommission hat mit Rücksicht darauf, dass sie fränklich ist, viel Medianosten bedarf und eine Anzahl unerzogener Kinder hat, von näherem Einbringen in ihre Verhältnisse abgesehen. Sie hat also bezahlt 90 Mark Staatssteuer, und 90 Mark Communalzuschlag. In Zukunft muss sie ihre 4000 Mark declariren und von dieser ganzen Summe den erhöhten Satz zahlen. Sie zahlt also 200 Mark Staatssteuer und 200 Mark Communalzuschlag. Möge Jedermann das Exempel auf seine eigenen Verhältnisse anwenden.

Eine Steuererleichterung wird nicht gewährt. Die freisinnige Partei will in eine Steuerreform willigen, aber nur in der Voraussetzung, dass durch diese Reform nicht eine Mehrbelastung hervorgerufen

wird, dass die Summe, welche aufgebracht werden soll, in derselben Weise contingentiert wird, wie das Grundsteuereinkommen contingentiert ist. Keine andere Partei hat diese Forderung unterstützt. Mögen bei den Wahlen die Wähler sich diesen Sachverhalt vor die Augen halten!

## Politische Uebersicht.

Breslau, 20. October.

Den Freiconservativen ist Herr von Bennigsen noch zu liberal. Das gute Zeugniß, welches er neulich Herrn Professor Boretius ausgestellt hat, reizt die „Post“ zu folgendem Ausfall: „Es ist schon unverantwortlich genug, dass Herr von Bennigsen sich in dem jessigen schweren und für die Zukunft entscheidenden Kampfe der Mittelparteien gegen die Extremen hinter der Front hält; dass er aber auch noch störend in denselben eingreift, ist eine von denjenigen Unbegreiflichkeiten, welche immer wieder Zweifel daran erwecken, ob Herr von Bennigsen das Maß von Staatskunst praktisch behältigen würde, welches seine Reden erhoffen lassen.“ Das Verbrechen Bennigsens besteht bekanntlich darin, dass er den Versuchen der Conservativen, die Nationalliberalen im Wahlkreis Halle für eine conservatieve Gegencandidatur, gegen diejenige des nationalliberalen Herrn Boretius, unter Berufung auf ihn selbst (Bennigsen), zu gewinnen, entgegengetreten ist.

Bezüglich der Vorgänge auf der Balkan-Halbinsel dauert die Unklarheit fort. Von Belgrad aus werden noch immer alarmirende Nachrichten von bevorstehender Kriegserklärung, Grenzüberschreitung u. s. w. in die Welt gesleudert, und der Umstand, dass in Nisch die Berichterstatter sämmtlicher Zeitungen ausgewiesen worden sind, trägt noch dazu bei, die Vorgänge im serbischen Hauptquartier im Ungewissen zu lassen. Der „Pest. O. L.“ sieht die Lage nach wie vor sehr bedrohlich an. Er schreibt:

Wenn nicht ganz unvorhergesehene und nach der Lage der Dinge kaum zu erwartende politische Einflüsse in letzter Stunde sich geltend machen, so wird im Laufe dieser Woche die militärische Action der Serben ihren Anfang nehmen. Die telegraphischen Berichte aus Nisch und Belgrad haben in den letzten Tagen so oft irrigerweise die Überschreitung der Grenze seitens der serbischen Truppen angekündigt, dass sie vielleicht auch dann auf Unglauben stoßen werden, wenn sie wahrscheinlich getreue dieses Ereignis melden; aber man ist allseitig auf den Eintritt desselben gefasst und vorbereitet. Die Bemühungen der europäischen Diplomatie, die serbische Regierung zur Vorsicht und Umkehr zu bewegen, haben sich, wie ernst und aufrichtig dieselben auch ins Werk gesetzt wurden, als fruchtlos erweisen. Die Spannung, in der sich die Bevölkerung Serbiens nun einmal befindet, und die hohen Erwartungen, die dort an ein kriegerisches Unternehmen geknüpft werden, würden, wenn das Unternehmen, ohne dass dem Königreiche in anderer Art befriedigende Compensationen geboten werden sollten, mit einem Male aufgegeben würde. Gefahren für das Land herausbeschworen, welche nach der Ansicht serbischer Politiker die aus einer auswärtigen Complication sich möglicherweise ergebenden Nachtheile weit übertriften könnten. Berliner inspirirte Stimmen versichern, die Belgrader Regierung sei unzweideutig darüber aufgeklärt worden, dass sie ganz allein die Verantwortung für das Vagnis eines militärischen Abenteuers, sowie alle Gefahren und Kosten desselben zu tragen haben werde, und dass weder Europa in seiner Gesamtheit, noch eine einzelne Großmacht gewillt sein werde, dem Königreiche die Schadlosaltung für etwaige Verluste zu sichern. Man mag immerhin annehmen, dass solche Retorsionsmaßregeln in ihrer dauernden Wirkung für Ungarn selbst vielfach nachtheilig sein müssen und dass hinter dem Ruf nach Retorsion sich nicht selten nur das Verlangen nach Zollschutz verbirgt, so bleibt doch unbestritten die Thatsache bestehen, dass der Vorschlag von Retorsionszöllen allein aus dem aggressiven Vorgehen der deutschen Zollgesetzgebung seine Kraft schöpft. Ohne die neuen deutschen Zollhöhungen würden solche schutz- und retorsionszöllnerischen Projekte gar nicht ausgehoben werden oder doch von vornherein zu völliger Aussichtslosigkeit verurtheilt sein.

Die Beantwortung der Interpellation betreffs der Ausweisungen im österreichischen Abgeordnetenhaus hat unter den österreichischen Polen große Erregung hervorgerufen. Die Antwort des Grafen Taaffe war im Polen-Club Gegenstand einer mehrstündigen lebhaften Discussion. Es wurde beantragt, der Polen-Club solle im Abgeordnetenhaus die Debatte

## Wildes Blut. \*)

[45]

Erzählung in zwei Abtheilungen von Balduin Möllhausen.

Wenn ich den Wilm besuche, ist jedesmal ein Zeuge zugegen. Ich kann nur über Dinge mit ihm reden, die Jeder hören darf. Ihnen würde es nicht besser ergehen. Sie mögen sich also den Besuch ersparen. Die Menschen in dem Gefangenhouse sind misstrauisch; man würde fürchten, Sie würden sich mit verrätherischen Absichten, und das könnte dem Wilm schaden, dass man ihm das bischne grösste Freiheit entzöge.

Aber bevor er verhaftet wurde, sprach er da nicht zu Ihnen über ein Ereignis, welches in naher Beziehung zu dem Junker Florentin steht?

Hätte er es gethan, so wäre bei mir begraben. Was der Wilm mir anvertraut, ist nicht für andere Menschen.

Walkort kann wieder eine Welle nach, bevor er fortfuhr:

Sie wissen, ich verstehe zu schweigen. Keine Macht der Erde könnte mich bewegen, den Verdacht der Behörden auf diejenigen hinzuwenden, welche die unverzollten Waaren in dem Ausbau versteckten. Und ich weiß mehr über diese Angelegenheit, als irgend einer ahnt. Ich erinnere Sie an die Nacht, welche ich in der Strandhütte verbrachte.

Und wiederum sah Hanna lebhaft empor, senkte indessen noch schneller ihr Haupt wieder.

Mögen Sie erfahren haben, was Sie wollen, sprach sie gelassen, die Leute, die in jener Nacht auf dem Strand ihr Wesen trieben, heute noch zur Rechenschaft zu ziehen, sollte schwer werden.

Sie missverständen mich, Hanna, ich wollte nur andeuten, dass ich, gewohnt, anderer Menschen Geheimnisse zu achten, mich am wenigsten um Dinge kümmere, die mir fern liegen.

Ich verstehe Sie sehr wohl. Aber des Wilm Geheimnisse sind nicht die meinigen. Er ehrt den Junker Florentin. Kann er ihm Gutes thun oder Unheil von ihm abwenden, so geschieht es ohne den Bestand anderer. Wer will ihm verdenken, wenn er seine Zeit abwartet?

Gut, Hanna, ich sehe ein, meine Vorstellungen sind fruchtlos. Sie haben einen eisernen Willen. Ich tadle Sie deshalb nicht, sondern gebe es auf, weiter in Sie zu dringen. Dagegen lege ich Ihnen ans Herz, und aus Besorgniß für die Wohlfahrt Anderer, den Wilm bei Gelegenheit zu befragen und mir seine Entscheidung mitzutheilen.

Wo sollte ich dazu eine Gelegenheit finden?

Es wäre doch möglich, liebes Kind, und dann wissen Sie ja, was Sie zu thun haben. Doch die Nacht ist weit vorgeschritten. Ist es Ihnen recht, so gehen wir zusammen ins Dorf.

Ich würde noch keine Ruhe finden, erklärte Hanna ruhig; die Einsamkeit hier draußen ist mir lieber, als ein niedriges Dach über

mir. Wollen der Herr mir aber einen Gefallen erweisen, so reden Sie zu Niemand darüber, dass Sie mir begegnet sind. Was geht's die Menschen an, wenn ich nicht so bin, wie andere! Sie nehmen mich ohnehin genug in ihre Mäuler.

Nein, Hanna, Niemand hat sich darum zu kümmern, und ist Jemand berechtigt, die Einsamkeit zu suchen und seinen Gedanken nachzuhängen, so sind Sie es.

Hanna antwortete nicht mehr. Walkort reichte ihr daher die Hand zum Abschied, ihr freundlich rathend, sich nicht übermäßig der kalten Nachtkluft auszusehen; dann fügte er hinzu:

Sollten Sie je eines aufrichtigen Freudes Rath bedürfen, so wenden Sie sich vertrauensvoll an mich.

Das ist dankenswerth, antwortete Hanna nicht minder freundlich; aber Rath gebrauche ich nicht. So lange ich allein bin, weiß ich mir selber zu ratthen; kommt der Wilm frei, so ist's Rathen seine Sache. Bis dahin läuft aber noch viel Wasser bergab.

Gute Nacht denn, Hanna.

Gute Nacht, Herr.

Walkort kehrte sich dem Dorfe zu. Bald darauf fiel seine Gestalt mit der tiefgrauen Atmosphäre zusammen.

Hanna blickte ihm nach, so lange sie ihn zu unterscheiden vermochte. Dann erhob sie sich, und die Landstraße verlassend, schlug sie einen Umlauf über die Felder ein.

Walkort hatte sich schon zur Ruhe gegeben, da schlief sie zwischen den Dorfgärten hin, ihrer Heimstätte zu. Geräuschlos betrat sie das Häuschen, in welchem sie zur Zeit wohnte. Geräuschlos schlief sie nach dem Boden hinauf und in ihr Kammerchen. Wer ihr Kommen hörte, den überraschte es nicht. Die Hanna war ja nicht mehr, wie einem Umgang über die Felder ein.

15. Capitel.

## Ein schwerer Gang.

Die mondlosen Nächte hatten ihren Anfang genommen. Rauhe Novemberwinde segten über das Land und wühlten verdrossen das Meer auf. In dem Dorfe wunderte man sich kaum noch, einen Fremden trotz der ungünstigen Jahreszeit länger weilen zu sehen. Man hatte sich daran gewöhnt, dass er bald nach dieser, bald nach jener Richtung hin Feld und Wald durchstreifte, gelegentlich dem alten Förster und nicht selten in des fröhlichen Junktors Begleitung einen Besuch abstatte, im allgemeinen aber die Abende im Hause des Controleurs verbrachte.

Manche wollten behaupten, dass er und Florence wohl ein Paar werden möchten, wofür übrigens nicht das leiseste ernste Anzeichen sprach. Andere meinten, der rätselhafte Herr sei ein schlauer Rechenmeister und gehe darauf aus, trotz aller Widersprüche der Erbin den verödeten Ausbau um so billiger an sich zu bringen. Wieder andere neigten zu dem Glauben hin, dass er es auf den Ausbau sammt dem Mädchen abgesehen habe, und daher den Besitz des Einen von dem des Andern abhängig mache, während die ruhiger Überlegenden

den Vorbereitungen für den strategischen Aufmarsch der serbischen Truppen eingetreten. Vertrauliche Berichte aus der serbischen Hauptstadt wissen vielmehr davon zu erzählen, dass unter den serbischen Offizieren sich bereits ein hoher Grad von Ungehörigkeit bemerkbar mache, und dass in diesen Kreisen die Parole zur Action mit ebenso großer Spannung und Sehnhaftigkeit, wie in der Bewölkung im Allgemeinen erwartet wird. Es gilt allenfalls für ausgemacht, dass die militärischen Operationen zunächst türkisches Gebiet nicht ins Auge fassen, sich vielmehr direkt gegen Bulgarien kehren werden. Man will das unter Anderem auch aus den Umständen schließen, dass der Verkehr zwischen dem Vertreter der Pforte, Khalil Bey, und der Königlichen Regierung sich in den letzten Tagen immer freundschaftlicher gestaltet, was man nicht für möglich hielte, wenn tatsächlich die Occupation oder Bedrohung türkischen Gebietes im Plane wäre.

Im vollkommenen Gegensatz dazu stehen die aus Berlin kommenden Nachrichten. Darnach hält man an der Hoffnung fest, es werde gelingen, Serbien von jedem unüberlegten Schritte zurückzuhalten und den Frieden auf der Halbinsel zu bewahren.

Zur Revision des österreichisch-ungarischen Zolltarifs, über welche die Regierungen der beiden Reichshälften demnächst in Berathung treten sollen, sind bisher von nur wenigen der befragten Handels- und Gewerbekammern Gutachten erstattet worden. Bemerkenswerth darunter ist die Denkschrift der ungarischen Kaufmannshalle. In dieser Denkschrift wird nämlich der Grundsatz aufgestellt, dass ein Zollschutz für die Hauptproduktionsartikel Ungarns nicht nothwendig sei; anders aber liege es mit der Frage, ob es wünschenswerth sei, diejenigen Importartikel der ausländischen Industrie, bezüglich deren Ungarn Consument sei, mit hohen Einfuhrzöllen zu beladen, als Retorsion dafür, dass auch Ungarn Ausfuhrzöllen durch das Ausland mit hohen Zöllen belastet werden. Es werden alsdann für eine Reihe von Artikeln, welche in Ungarn erzeugt werden oder leicht erzeugt werden können, möglichst hohe Zollsätze beansprucht. So soll Cichorienwurzel, derzeit zollfrei, einen Zoll von 6 Fl. per 100 Klgr. bezahlen; ferner wäre zu erhöhen der Zoll auf Reis von 2 Fl. auf 6 Fl., auf Mohn um 100 Prozent, auf fetthaltige Oele von 4 Fl. auf 8 Fl., resp. von 2 Fl. auf 4 Fl., für Alkohol und verschiedene Spirituosenarten von 24 Fl. auf 100 Fl., für Liqueure, Punschessen und süße Spirituosen von 40 Fl. auf 200 Fl., für Weine und künstliche Weine, Obstweine, Most und Obstmost von 20 Fl. auf 80 Fl., für Champagner-Weine von 50 Fl. auf 100 Fl., für Speise-Essig von 3 Fl., resp. 8 Fl., auf 9 Fl., resp. 24 Fl., für die Tariffklasse „Kurzwaren“ sind durchgängig Erhöhungen um 100 Prozent beantragt. Man mag immerhin annehmen, dass solche Retorsionsmaßregeln in ihrer dauernden Wirkung für Ungarn selbst vielfach nachtheilig sein müssen und dass hinter dem Ruf nach Retorsion sich nicht selten nur das Verlangen nach Zollschutz verbirgt, so bleibt doch unbestritten die Thatsache bestehen, dass der Vorschlag von Retorsionszöllen allein aus dem aggressiven Vorgehen der deutschen Zollgesetzgebung seine Kraft schöpft. Ohne die neuen deutschen Zollhöhungen würden solche schutz- und retorsionszöllnerischen Projekte gar nicht ausgehoben werden oder doch von vornherein zu völliger Aussichtslosigkeit verurtheilt sein.

Die Beantwortung der Interpellation betreffs der Ausweisungen im österreichischen Abgeordnetenhaus hat unter den österreichischen Polen große Erregung hervorgerufen. Die Antwort des Grafen Taaffe war im Polen-Club Gegenstand einer mehrstündigen lebhaften Discussion. Es wurde beantragt, der Polen-Club solle im Abgeordnetenhaus die Debatte

rieten, sich um nichts, wenigstens nicht auffällig, zu kümmern, wo durch jemand, der im Dorfe manchen Thaler unter die Leute bringt, auf einige Zeiten verschwunden werden könnte. Denn trat er wirklich in den Besitz des Ausbaus, so war zu erwarten, dass er in nächster Zeit recht vielen Arbeitern lohnende Beschäftigung bot, um das Gewerberathaus und den Parkgarten aufs neue als Augenweide eröffnen zu lassen. Es galt daher nicht nur als angemessen, sondern auch als klug, der Dinge, die da kommen sollten, geduldig zu harren. Und mit dem Verkauf des Ausbaus schien es in der That Ernst zu werden. Einen derartigen Eindruck hätte wenigstens derjenige gewonnen, der an einem jener rauhen Herbstabende Zeuge gewesen wäre, wie Walkort und der biedere Ottke in des letzten Amtsstube freundschaftlich beieinander saßen und sich in ihrer Unterhaltung ausschließlich mit Florences vernachlässigter Bestzung beschäftigten. Florence selber war nicht zugegen. Sie befand sich mit der Frau Controleur und Fräulein Lucinde auf der andern Seite des Hauses und beherrschte diesen immer wieder, dass sie ihr Haus lieber in Flammen aufgehen lasse, als in den Verkauf willige. Dabei entwickelte sie eine um so launigere Energie, weil sie aus Walkorts eigenem Munde wusste, dass er nun und nimmermehr sich zu einem Schritt entschließen könnte, der mit ihren Wünschen nicht im vollkommenen Einklang stände. Und zu ihm, der ihr so viel aus der Heimath ihrer braunen Vorfahren zu erzählen wusste, hatte sie unbedingtes Vertrauen gesetzt, zumal er bei jeder neuen Zusammenkunft auf ihre Anregung wiederholte, alles in seinen Kräften Stehende aufzubieten, ihr die Wege zum Besuch des ihr als einen Zauberreich vorschwebenden fernen Landes zu ebnen. Wie es zu ermöglichen und wann es ausführbar, kümmerte sie vorläufig wenig. Sie nahm sich nicht einmal die Mühe, darüber nachzudenken. Ihrem wilden Blute genügte, dass die bisher nur als wirre Träume ihr vorschwebenden Zukunftsbilder zum erstenmal nicht als leere Phantasien bekämpft wurden.

Wenn aber an dem heutigen Abend Fräulein Lucinde zu der Frau Controleur heimliche Befriedigung in dem jungen Herzen zu lesen trachtete, sich sogar zu Andeutungen hinreißen ließ, welche selbst von der sorglosen Florence nicht missverständlich werden könnten, so stellte diese ihr übermuthig ein ganzes Heer ähnlicher Ansprüchen entgegen. Dieselben gipfelten schließen darin, dass ein Mann in reisern Jahren, wie Herr Walkort, und mit so viel Respect erheischt, dem Ernst, weit eher für eine noch reifere Jungfrau passe, als für ein achtzehnjähriges Mädchen, so dass Fräulein Lucinde bis unter ihren Schläfenbehang hinauf erröthe und davon abstand, das junge Herz nach den wohlberechneten Vorschriften der sehr kundigen Frau Controleur vor den Gefahren der Liebe, wie vor einer verbotenen, aber ausnehmend süßen Frucht, zu warnen.

Da führten die beiden Herren in der Amtsstube ein gediegeneres Gespräch, durch welches indessen ebenfalls ebenfalls keine endgültige Einigung zwischen ihnen erzielt wurde. (Fortsetzung folgt.)

über die Antwort des Grafen Taaffe provociren. Die polnischen Blätter bezeichnen die Antwort der Regierung als eine Negation der Großmachtstellung Österreichs.

## Deutschland.

Berlin, 19. Oktbr. [Gewerbekammern.] Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben officiell: „Die Absicht der Regierung, unter Mitwirkung der Provinzen Gewerbekammern, welche eine organisierte Gesamtvertretung der im Erwerbsleben thätigen Bevölkerung bestimmter Landesteile darstellen, ins Leben zu rufen, ist noch nicht vollständig verwirklicht. Eine Minderheit der Provinzen befürwortete der diesen gleichstehenden kommunalen Körperschaften hat sich den ihr in dieser Hinsicht gemachten Vorschlägen gegenüber ablehnend verhalten; insbesondere trifft dies für die Provinzen Rheinland, Posen und Schleswig-Holstein zu. Für einige andere Provinzen, Schlesien und Sachsen, steht die Beschlusssfassung noch aus, doch ist nachdem die Provinzialausschüsse sich zustimmend entschieden haben, die Annahme der Regierungsvorschläge zu erhoffen. In denjenigen Landesteilen, bezüglich deren ablehnende Beschlüsse der Provinzial-Landtage vorliegen, werden Gewerbe, Landwirtschaft und Handel einer entsprechenden Vertretung nicht ganz entbehren, wohl aber sich mit einer geringwerthigeren Organisation begnügen müssen. Es wird nämlich nichts übrig bleiben, als für diese Landesteile an Stelle der geschlossenen und festen Organisation der Gewerbekammern die lose Einrichtung gewerblicher Conferenzen am Sitz der höheren Verwaltungsbahnen treten zu lassen. Diese Conferenzen stehen zu den Gewerbekammern etwa in dem Verhältnis, wie die technischen Conferenzen bei den Eisenbahndirectionen zu den an ihrer Stelle eingeführten Bezirks-Eisenbahnräthen.“

[Die Geburtsfeier des Kronprinzen] gestaltete sich zu einer ganz besonders glänzenden. Früh nach 8 Uhr ward dem hohen Herrn in dem neuen Palais eine Morgenmusik von der Regimentsmusik der Garde du Corps und des Garde-Jäger-Bataillons dargebracht. Hierauf nahm der Kronprinz die Gratulationen entgegen, darauf fuhr die ganze kronprinzliche Familie mit Ausnahme des Prinzen Wilhelm, welcher auf der Jagd durch einen Baumzweig eine Verletzung am Auge erhalten hat, zur Kirche nach Bornstedt. Die Kirchenfeier begann um 10 Uhr. Zu derselben waren auch die Prinzen Wilhelm, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen und Prinz Heinrich erschienen. Auch die Hofmarschälle Fhr. von Linke und Graf Radolinski nahmen an dem Festgottesdienst Theil. Nach dem Gottesdienst statteten die hohen Herrschaften dem Bornstedter Gutshof einen kurzen Besuch ab, wo ein kleiner Imbiß genommen wurde. Nach der Rückkehr zum Neuen Palais fand dasselb Filmtafel statt, an der auch Prinz Wilhelm, sowie der Herzog Christian Theil nahmen. Die Tafelmusik ward von der Kapelle des 1. Garderegiments unter Leitung ihres Musikkirectors Fr. W. Voigt ausgeführt. Am Abend fand im Neuen Palais eine Soirée im engeren Kreise statt, bei der das Kaiser-Cornet-Quartett von Roskow concertirte.

[Im zweiten Berliner Landtags-Wahlkreise] fand gestern Vormittag eine liberale Wählerversammlung statt, welche den großen Saal des Bugenhagen'schen Stabiliess am Moritzplatz vollständig gefüllt hatte. Den Vorsitz führte Gasanstaltsdirector Tunon. Derselbe drückte sein Bedauern darüber aus, daß der eine der bisherigen Vertreter dieses Wahlkreises, Herr Dr. Straßmann, überhäufte Geschäfte wegen einer Wiederwahl abgelehnt hat. Die Versammlung erhielt die Verdienste des Herrn Dr. Straßmann durch Erheben von den Sitzen. Alsdann nahm Dr. Langerhans das Wort zum Rechenbericht über die letzte Legislaturperiode. Im Anschluß an diesen Bericht nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die heute versammelten Wähler des zweiten Berliner Landtagswahlkreises erklären sich mit dem Verhalten ihrer Abgeordneten einverstanden und verpflichten sich, mit allen Kräften für die Wiederwahl des Herrn Dr. Langerhans zu wirken.“ Hieran schloß sich eine Ansprache des Abg. Eugen Richter. Er habe lange Zeit nicht in diesem Wahlkreise, und auch im Ganzen wenig in letzterer Zeit öffentl

lich gesprochen, und dies sei von den Gegnern und auch einer großen Anzahl politischer Freunde verächtlich beurtheilt. In Bezug auf diesen Wahlkreis sei nun der Grund, daß man ihm gesagt: in der Louisstadt weiß man schon, was man will, sprechen Sie lieber da, wo es nöthiger ist. Dann aber habe er seine ganze Kraft einsetzen müssen für die Gründung eines Parteiorgans, da es nicht in seinem Privatinteresse, sondern zu dem Zweck geschaffen sei, damit dasselbe den Abgeordneten näher stehe, und das gegenüber einer hundertköpfigen Republienspreche sich als eine Vorbedingung für praktisches politisches Wirken herausgestellt habe. Niemand werde von dieser Republienspreche so verdächtig angegriffen, verleumdet, als gerade er (Nedder). Auch nach dieser Richtung hin sei die Gründung eines solchen Blattes geboten gewesen, um zu verhüten, daß aus den freisinnigen Abgeordneten nicht politische Caricaturen gemacht werden. An Wahlen, so führt er weiter aus, fehlt es uns jetzt in Berlin nicht: die Kirchenwahlen sind schon im Gange. Die Generalsynode, welche jetzt tagt, zeigt recht deutlich, worauf es kommt: Mehr Geld und mehr Macht für die Pastoren! Die Forderung der Generalsynode, mitzuwirken bei der Besetzung der Kirchenregimentlichen Aemter und der theologischen Professuren ist in dieser Beziehung bezeichnend. Wenn es dem Abgeordnetenkreise je einfallen würde, zu erlangen, daß ein Aufschuß aus seiner Mitte mitzuwirken müsse bei der Besetzung der höchsten Beamtenstellen, wie würden die Herren da schreien über Republikanismus und unehrige Eingriffe in die Rechte der Krone! Sie sollen uns nur noch einmal kommen, dann werden wir ihnen diesen Beschluß der Generalsynode als Spiegel vorhalten! (Beifall). Diesen Machtgelüsten gegenüber hat die evangelische Bevölkerung Berlins die Pflicht, ihr kirchliches Wahlrecht nicht niedrig zu schätzen, sondern dafür zu sorgen, daß auch der Stadtynode der wirkliche Ausdruck protestantischer Freiheit gewahrt bleibt. Nedder gedachte dann der Stadtverordneten- und Landtagswahlen, und kam damit auf das eigentliche Thema: die Beleuchtung unserer inneren politischen Lage. Die maßgebende Richtung steuert fortgesetzt dahin, dem Staat mehr und mehr Macht, mehr und mehr Einmischung und immer weitere Ausdehnung seiner Thätigkeit zu verschaffen und daß ein immer neues Anziehen der Steuerschraube die Signatur unserer inneren Politik ist. Kurz vor den letzten Landtagswahlen brachte die „Prov. Corr.“ einen Artikel, in welchem sie die Verfehltheit der Börsensteuer oder der Capitalrentensteuer nachwies. Das war vor den Wahlen; nach den Wahlen ist bekanntlich die Börsensteuer zu Stande gekommen. Die Richtung zur Ausbildung unseres Steuersystems umfaßt sowohl die direkten wie die indirekten Steuern, und so wird demnächst auch ein Entwurf zur veränderten Erhebung der Klassen- und Einkommensteuer auf der Bildfläche erscheinen, dessen Unterteilung auch nur ein Anziehen der Steuerschraube sein wird. Dazu kommt die Capitalrentensteuer mit einem Zuschlagsprozent zur Zinsrente. Von einem Zuschlagsprozent zur Grundrente ist keine Rede, obwohl Fürst Bismarck einmal selbst anerkannt hat, daß das Unterschreiben einer Brachiquittung ebenso mühselos ist, als das Abschneiden eines Coupons. Gegenwärtig ist die Capitalrente ohnedies im Rückgang begriffen. Die ungleiche Behandlung der Besteuerung des Einkommens aus der Arbeit und des Einkommens aus dem Capital wie die freifreimütige Partei nicht zurück, aber sie möchte dabei den Gesichtspunkt, die Besteuerung des Einkommens aus Arbeit zu ermüdigern nicht außer Acht gelassen wissen. Das Einheitsgebot der neuen Steuerprojekte sei eben das erkennbare Befreiung: „im Interesse der Gerechtigkeit“ immer mehr Steuern aufzulegen! (Beifall). Nedder entwickelte sodann die Wirkungen des projectierten Einkommensteuergesetzes und der veränderten Einführung und führte aus, daß derselbe bei dem Dreiklassen-WahlSystem eine Steigerung des individuellen Wahlrechts in der ersten und zweiten und eine Verminderung des individuellen Wahlrechts in der dritten Klasse zur Folge haben würde. Damit ergab sich der Übergang zu einer Größerung der Angriffe auf das geheimen Wahlrecht, des Antrages Stern, der Auflösungen des Ministers Puttkamer und der Rede des Abg. Gneist, welcher die Bedenken des Ministers noch verstärkte. Und dieser selbe Abg. Gneist, so äußerte sich der Redner weiter, wird nun im II. Berliner Wahlkreise als Kandidat den Freisinnigen entgegenstellte. Über die Aufführung national-liberaler Kandidaten in Berlin brauchen wir gar nicht verdrücklich zu sein: im Gegenteil bringt dieselbe etwas mehr Leben in die träge Wahlbewegung. Das ist mal etwas Neues in Berlin! (Heiterkeit). Wir haben uns mit den Conservativen und den Socialdemokraten herumgeschlagen müssen, deren Kunststücke kennen wir schon, und nun wollen die National-liberalen mal zeigen, was sie können. Die national-liberale Versammlung, welche die Kandidaten nominierte, war nicht sehr imponant, denn trotzdem sich die Conservativen beteiligten, brachte man doch nicht mehr Leute zusammen, als ein gut geleiteter Bezirksverein. Herr Professor Plauderer hatte ein richtiges Gefühl, wenn er vor der Aufführung zu vielen Kandidaten gewarnte, da sonst die Niederlage nur um so größer werden könnte. (Heiterkeit). Im II. Wahlkreise ist also Prof. Gneist Kandidat. Von ihm hat einmal der Kriegsminister Roon gesagt: „Er ist ein Mann, der Alles beweisen kann, was er will“, und in der That hat er schon so

vielerlei bewiesen, daß, wenn man Alles nebeneinander stellt, seine Thätigkeit vollständig neutralisiert werden würde wie bei so manchen anderen National-liberalen. In Hirschberg bei der Erfahrung für den Reichstag ist Herr Gneist auch von den Conservativen aufgestellt und man sagt: für die Thätigkeit dort müssen die National-liberalen die Conservativen bei der Landtagswahl in Berlin unterstützen. Das ist ganz schlau. Bei der Reichstagswahl fällt Gneist ganz sicher durch, aber für die Landtagswahl können die Herren Conservativen die National-liberalen als Alliirte ganz gut brauchen. Es kostet sie also eigentlich nichts! (Heiterkeit). Die Aufführung des Prof. Gneist in Hirschberg und hier hat keine selbständige Bedeutung. Herr Gneist repräsentiert nur die Dresdner Seite, um vielleicht einen Berliner Wahlkreis in die Hände der Conservativen zu spielen. Bei den National-liberalen waltet der Gedanke ob, daß es vielleicht möglich wäre, mit den Conservativen zu kommen: auf einen National-liberalen würden dann inner zwei Conservativen kommen, und vielleicht wiederholte sich das Schauspiel, welches die National-liberalen in Siegen bei der Wahl des Herrn Stöcker aufgeführt haben. Jetzt sitzen im Parlament schon so viel Conservativen, daß ihnen nur noch 33 Stimmen an der Majorität fehlen. Für jeden Conservativen, den die National-liberalen mit hineinbringen helfen, wird doch ein National-liberaler für die Regierung überflüssig, und wenn es gelingt, 33 neue Conservativen zu wählen, dann braucht die Regierung gar keinen National-liberalen mehr. Auf diese Weise sind die National-liberalen im besten Zuge, sich selbst überflüssig zu machen, wie im Reichstage, wo kein Mensch mehr nach den National-liberalen fragt. Dies ist die staatsmännische Klugheit der National-liberalen selbst angehört der Erfahrung, die sie in Hannover zu machen Gelegenheit hatten! (Beifall). Was die Conservativen in Berlin betrifft, so hat ja Herr Stöcker neulich erst wieder gesagt: Die antisemitische Bewegung sei von Gott gemacht! (Oho! Psih!) Die conservative Bewegung in Berlin hat diesmal keinen rechten Zug und gleicht ganz und gar nicht dem Anlaufe, der im Jahre 1882 gemacht wurde. Allerdings hat Herr Stöcker in der letzten Zeit auch viel Un Glück gehabt; er hat Anderen eine Grube graben wollen und ist nun selbst hineingesunken. (Brapol) Man hat alle Ursache, den Staatsanwälten dankbar zu sein, die die Bekleidungsflaggen des Herrn Stöcker „im öffentlichen Interesse“ in die Hand nahmen. In Siegen ist erst jetzt festgestellt worden, daß es gerichtsnotorisch ist, daß Herr Stöcker für mehrfache Unwahrheiten schuldig gemacht hat und die amtliche Erklärung des Staatsanwalts in Siegen hat die Bedeutung: es gibt einen königlichen Hospredder in Berlin, dem man ohne Gefahr vor einer Verurtheilung wegen Bekleidung vorhalten kann, daß er mehrfach die Unwahrheit gesagt hat. Das wird die Geschichte später auch einmal als ein Charakteristikum unserer Zeit aufführen! (Sturmischer Beifall.) In dem Augenblick, wo Herr Stöcker die antisemitische Bewegung als eine Art Gotteswerk hinstellt, läßt das Gericht in Siegen Zeugnis darüber erheben, daß der Kronprinz diese Bewegung für eine Schwach Deutschlands hinstellt hat! (Hört! Hört!) Ich bin bereit, meinerseits auch Zeugnis dafür abzulegen, daß der verfürbene Stadtrath Magnus mir mitgetheilt hat, der Kronprinz habe ihm gegenüber die antisemitische Bewegung als eine Schwach für Deutschland bezeichnet, deren er sich im Auslande schämen müsse. (Hört! Hört!) Die Conservativen haben Unglück, und Herr Stöcker hätte im eigenen Interesse besser gehan, die Politik nicht in die Gerichtsäle zu tragen. Trotzdem wäre in Berlin eine falsche Siegesgewissheit gefährlicher, als National-liberalen und Conservativen zusammengenommen. Bei keiner Wahl sind so viele Zuflüchtigkeiten und Neberrumpelungen möglich, als bei der Dreiklassenwahl, welche so viele Unbequemlichkeiten und Zeitopfer von dem Privatmann und so wenige von dem Beamten fordert. Klassenzählungen sind immer Minoritätszählungen gewesen, und gerade deshalb ist Vorsicht gegen Neberrumpelungen doppelt nothwendig. Mann für Mann muß am Wahltag an den Wahlstuhl treten, damit das Resultat im zweiten Wahlkreise im Sinne des Fortschritts und der Freiheit aussäße und dem Wahlkreise zur Ehre gereiche. (Sturmischer, lang andauernder Beifall.) Auf Antrag des Stadtrath's a. D. Streckfuß, der die Wahl Richters in Hagen als außerordentlich bestritten bezeichnete, gelangte sodann folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung beschließt, Herrn Eugen Richter als Kandidaten des zweiten Berliner Landtagswahlkreises für die bevorstehende Landtagswahl zu empfehlen.“ (Woss. Btg.)

Berlin, 19. Oktbr. [Zweite ordentliche Generalsynode.] Auf das dem Kronprinzen dargebrachte Glückwunsch-Telegramm ist folgende telegraphische Antwort an den Präses eingegangen: „Meinen aufrichtigen Dank für die Mir Namens der Generalsynode ausgesprochenen freundlichen Glückwünsche. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.“

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Antrag des Syn. v. Bornstedt und v. Wedell, welcher bei zweifelhaften Abstimmungen den sogenannten „Hammerpunkt“ einführen will. Der Antrag wird angenommen.

Syn. v. Meyer er referiert Namens der V. Commission über den Gesetz-Entwurf, betr. das Diensteinommen der Geistlichen. Dasselbe ist für die

## Kleine Chronik.

Breslau, 20. October.

Die Berliner Schneiderinnung beabsichtigte, ihr sechshundertjähriges Jubiläum am 6. Februar 1886 zu feiern. Wie sich aber nun herausstellt, kann das Jubiläum erst im Jahre 1888 gefeiert werden. Der Gildebrief, welches der Rath zu Berlin den Schneidern ertheilte, datirt vom 10. April 1288 und lautet in der Uebersetzung des lateinischen Textes: „Da der Tod die Wuth seiner Gewalt nicht stillen wird, bevor er nicht Alles in Trümmer gestürzt hat, ist es durch nützliche Fürsorge bestimmt und für nötig befinden worden, daß glaubwürdige Schriften über alle Verhandlungen aufgenommen werden, aus denen zu ihrer Zeit die Wahrheit auf das Beste erwiesen und jeder Zweifel gelöst werden kann. Durch den Anblick dieses Briefes wollen wir Nicolaus von Lieben, Johann von Blankenfelde, Conrad, ehemals Schulze in Baruth, Conrad von Bultz, Rathsmannen der Stadt Berlin, mit der gefallenen Gemeinde dieser Stadt es daher zu öffentlicher und allgemeiner Kenntniß bringen, daß wir den Schneidern, unsern lieben Bürgern, die mit uns in der Stadt Berlin wohnen und von uns ihr Recht haben, die Freiheit geben, das Recht zu behalten und zu genießen, welches die Schneider der Stadt Brandenburg von der ersten Gründung jener Stadt an genossen haben. Auch wollen wir, daß Jeder, der ihr Gewerkt gewinnt, für dessen Gewinnung 4 Schilling Pfennige und 2 Pfund Wachs gebe, wovon unsere Stadt 2 Schilling Pfennige, und das Hospital zum heiligen Geist ein halb Pfund Wachs, sowie das Haus der Ausländer ein halbes Pfund empfangen soll. Die anderen 2 Schilling und ein Pfund Wachs werden zum Nutzen der Schneider verwandt. Außerdem wollen wir, daß Niemand gestückte Wämmer, Kapuzen oder Kolten auf den Wochenmarkt zum Verkauf bringe, sondern allein auf den Jahrmarkt. Ferner bestimmen wir, daß die Söhne des von auswärts Zugezogenen, welcher das Schneidergewerk gewonnen hat, an demselben nicht Theil haben sollen; aber von den später geborenen Kindern soll die Tochter die Hälfte des Gewerks, wie der Vater, besitzen. Niemand darf ferner das Gewerk ausüben, ohne vorher die sogenannte „Burchap“ und die Brüderlichkeit der Schneider erworben zu haben. Ferner wollen wir, daß streng darauf gehalten werde, alle diejenigen aus der Gilde auszutheilen, die sich durch Diebstahl oder Betrug vergangen haben, so daß sie niemals mehr Gelegenheit finden, das Gewerk auszuüben. Damit aber diese unsere Schenkung und Verleihung geltig bleibt, haben wir vorliegenden Brief durch Anhängung unseres Siegels bestätigt und ihn den Schneidern übergeben lassen. Ausgestellt durch die Hand unseres Notars Johann v. Barby. Geschehen am 10. April 1288.“

S Permanente Kunstdstellung. In Amsterdam hat sich eine Gesellschaft unter dem Vorstehe von einiger Professoren der dortigen Kunstschulen und einiger Künstler gebildet, welche permanente Ausstellungen von Kunstdprodukten jeder Art und aller Länder veranstalten will. Die Gesellschaft hat für Berlin einen besondern Vertreter ernannt und hofft, die Theilnahme aller Kunstreunde für ihr populäres Unternehmen zu gewinnen. Es sind bereits zahlreiche Einsendungen von Deutschland, Frankreich und Italien eingetroffen. Die Gesellschaft will auch außerhalb Hollands Ausstellungen veranstalten und demnächst durch die gröheren Städte Deutschlands eine Tournee mit 30 Bildern des berühmten Holländischen Malers Meissner machen. Zu gleicher Zeit läßt die Gesellschaft mit einer Auswahl deutscher Gemälde und Kunstdprodukten Belgien, Holland und Nordfrankreich bereisen.

Eine enorme Geldstrafe. Ein Hamburger Kaufmann ist am Freitag, den 16. October, in eine Geldstrafe verurtheilt worden, wie sie bisher in solcher Höhe noch von keinem deutschen Gericht erkannt sein dürfte. Der Sachverhalt ist folgender: Der Kaufmann H. F. Herrn Peterken hat als alleiner Director der „Transatlantische Handels-Gesellschaft“ Anweisungen ausgegeben, welche folgenden Wortlaut hatten: „Die Transatlantische Handels-Gesellschaft, vorm. Herrn Peterken u. Co. zahlt gegen diese Anweisung . . . Mark aus.“ Derartige Schuldverschreibungen des Herrn

Peterken sind im Betrage von 804 089 Mark 30 Pf. in Umlauf gesetzt. Darauf ist der Genannte in Antlagegestand verzeugt worden, da obige Anweisungen als nach dem neuen Gesetz nicht erlaubte, „auf Inhaber laufende Schuldverschreibungen ohne Zusicherung“ und nicht als „lediglich zur Ermächtigung des Geschäfts dienende Chefs“ anzusehen seien. Der Staatsanwalt beantragte, den sachlichen Betrag des Wertes der ausgegebenen Schuldverschreibungen als Strafe nach den Bestimmungen des Bankgesetzes von 1881, also eine Strafe von — 8 040 893 Mark, worauf das Landgericht, Strafkammer II, in Hamburg auch in seiner Freitags-Sitzung erkannte. Damit ist eine höchst wichtige, in Handelskreisen jüngst viel berprobte Streitfrage zuerst gerichtlich zum Aufrag gebracht worden; es fragt sich nur, wie die Entscheidung der höheren Instanz, welche ohne Zweifel anerufen werden wird, ausfällt. Herr Peterken will sich an das Reichskanzleramt um Erlauf der Geldstrafe wenden.

Eine neue Entdeckung. Bei einem in Hindostan und auf den Höhingen des Himalaya in unendlichen Massen vorkommenden Baume, den die Eingeborenen Mahwa oder Muola nennen, will man einen Zuckergehalt in dessen Blüthen entdeckt haben, welcher der vollen Hälfte ihres Volumens und ihres Gewichtes gleichkommt. Nebenwolls soll man aus den sehr angenehm duftenden Blüthen einen feinen Liqueur und ein gutes Brennholz herstellen können. Die englischen Zeitungen nehmen sich lebhaft der Sache an und verlangen dringend, daß die Regierung für eine Fructifizierung dieser Entdeckung Sorge trage: es sei ja wie ein eigentlich ein Privileg Englands und Indiens, die Welt mit Zucker zu versorgen, und sei dieses Privileg nur durch Nachlässigkeit Englands in die Hände Deutschlands und Österreichs gerathen. Der Segen, welcher von dem Muola-Baume angekündigt wird, ist etwas gar zu groß, als daß man der Nachfrage blindlings traue und sich von ihr ins Bockshorn jagen lassen sollte. Es bleibt für Erste doch abzuwarten, ob sich dieser Reichtum der Mahwa wirklich bewähren wird, wenn auch nur in bedeutend geringerem Maße, als dies angekündigt wird.

Eine Halsbandgeschichte. Der „Pariser National“ erzählt einen verwegenen Späßchenstreiche, der zur Zeit des ersten Kaiserreichs in Paris von einem verschmitzten Gauner ausgeführt wurde und wohl einen Vergleich mit den Beträgereien des römischen „Chevalier“ aushalten kann. Die Polizei, deren Chef damals Fouché war, galt mit Recht als treißlich organisiert, aber da sie durch den politischen Dienst zu sehr in Anspruch genommen wurde, so wurde ihr auf nichtpolitischen Gebiete manchmal mitgespielt, wie die in Rede stehende Geschichte beweist: Eines Abends — Napoleon I. stand damals gerade auf der Höhe seines Ruhmes — fand in der Oper große Galavorstellung statt. Zahlreiche regierende Fürsten und Fürstinnen hatten die Logen und den Balcon besetzt, selbst die Plätze der Claque waren an Herzöge und Grafen vergeben. Auch die Prinzessin Borgheze, die amüsante Pauline, saß in ihrer Loge, im Schönheit strahlend wie eine Sonne. Sie trug ein Halsband, dessen seltene Perlen und Diamanten, in kunstreichster Weise gesetzt, den Glanz ihrer Erscheinung nach erhöhten. Als sie in ihre Loge getreten war, ging ein Murmeln der Bewunderung durch die Versammlung. Bald öffnete sich gegenüber auch die Thür der kaiserlichen Loge und der Bevölkerer der Welt erschien, von diesen Königen, diesen Fürsten — seinen Sklaven — mit dem einstimmigen Zuruf „Vive l'empereur!“ begrüßt. — Federmann bemerkte bald, daß die Kaiserin kein Auge von ihrer schönen Schwägerin abwandte, gebendet wie Alle von dem bewundernswerten Halsschmuck. Plötzlich wurde die Loge der Prinzessin Borgheze geöffnet und ein junger Escadronchef, in der glänzenden silber-verbräunt Uniform der Offiziere der kaiserlichen Leibgarde stellte sich der Prinzessin vor und sagte mit respectvoller Verbeugung: „Ihre Majestät die Kaiserin ist voll von Bewunderung für den kostbaren Halsschmuck, den Eure Kaisere Hohes trägt, und ist von dem leichten Wunsche beelegt, ihn in der Thür besichtigen zu können.“ Die schöne Pauline lächelte und gab einer ihrer Hofdamen ein Zeichen, die ihr den Schmuck vom Halse löste

und ihm dem Ordinanzoffizier übergab. Dieser verneigte sich dankend und verschwand. Es war ungefähr um die Mitte des zweiten Actes. Der Zwischenact kam heran, ging vorüber, auch der dritte Act wurde zu Ende gespielt, schon war der vierte in Angriff genommen — das Halsband wurde nicht zurückgebracht. Die Prinzessin Borgheze wunderte sich zwar, hielt jedoch die Verzögerung für eine Laune der Kaiserin Marie-Louise. Erst am folgenden Tage fragte sie dieselbe, ob das Halsband ihr geschenkt habe und ob auch die Fassung und Ordnung der Steine und Perlen sich ihres Beifalls erfreue. Die Kaiserin war wie aus den Wolken gefallen. Napoleon vernahm den Vorfall. Er ließ sich sogleich die Namen der Ordinanzoffiziere nennen, die am vorigen Abend Dienst gehabt hatten, und sie unter irgend einem Vorwande vor seine Schwester berufen. Es war keiner unter ihnen, der ihr bekannt gewesen wäre. Man ließ den Fürsten von Otranto, den Polizeiminister, kommen und teilte ihm das Geschehen mit. Er untersuchte sofort. Fouché war entsezt und nahe daran, sich die Haare auszureißen; seine findigsten Beamten waren sofort auf den Beinen, und er selbst, von Vorwürfen überhäuft, kam aus der Aufregung nicht mehr heraus. Aber alle Anstrengungen blieben fruchtlos. Das kostbare Halsband, welches einen Wert von beinahe einer Million hatte, wurde nicht wieder herbeigeschafft und auch der verwegene Gauner blieb für immer verschwunden.

Es gibt noch Richter in Amerika! In Santa Cruz, Colorado, ereignete es sich vor Kurzem, daß ein in der ganzen Gegend bekannte und gefürchtete Desperado, Namens John Kennedy, sich wegen einer von ihm begangenen Gewaltthat gerichtlich zu verantworten hatte. Gerade nachdem der Richter den Fall resumirt hatte und eben im Begriff war, der Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis zu verurtheilen, fing dieser an um sich zu schlagen, und Alles, was ihm nahe kam, niedzerwerfen. Schon hatte es den Anchein, als würde er bald mit den ganzen im Gerichtsaal anwesenden Versammlung aufgeräumt haben, als der Richter seinen Rock abwarf, von seinem Sitz herunterstieg, und, da er zu den stärksten Männern der ganzen Umgegend gehört, den ungeberdigen Kennedy nach einem kleinen Faustkampf überwältigt den sich jetzt wieder heranwagenden Constablern übergab. Dann bestieg er aufs Neue seinen Sitz, zog seinen Rock wieder an und vollendete, ohne eine Miene zu verzieren, die bereits vorhin begommene Sentenz, nur mit dem Unterschied, daß er den braven John Kennedy statt zu zwei Monaten jetzt zu deren vier verurtheilt, wogegen derselbe dieses

evangelische Landeskirche der älteren Provinzen bestimmt und soll viele, jetzt hervortretende Mängel beseitigen und die von den bestehenden Verhältnissen nach mehreren Seiten hin obwaltende Rechtsunsicherheit abstellen. Das Kirchen-Regiment hat im Interesse der Wahrung geschichtlich begründeter und gesetzlich feststehender Rechte, namentlich der Gemeinden und Patrone, sich nicht dazu versteht können, diese Abhilfe durch eine gänzliche Umgestaltung der bisherigen Rechtsunterlagen zu erstreben, insbesondere nicht dazu, nach dem mehrfach empfohlenen Vorblilde einzelner deutscher Landesfürsten von Gebieten kleinerem Umfangs das geltende System der örtlichen Prüfungen zu erneuen durch Vereinigung der Einfälle aller Pfarrstellen zu einem gemeinsamen landeskirchlichen Kassenverband und gleichzeitige ausschließliche Regelung der aus der Gesamtsumme zu leistenden Besoldungen nach Dienststufen der Geistlichen. Der vorliegende Gesetzentwurf knüpft vielmehr unmittelbar an die bisherige Entwicklung an und setzt eine gesetzliche Bürgschaft für die staatlichen Zusätze, wie für die Wiederherstellung staatlicher Zwangshilfe gegen die verpflichteten Kirchengemeinden, eine thunlichst dem Bedürfnis entsprechende Erhöhung der Mindestbeträge des Einkommens auf den verschiedenen Altersstufen und eine den gegenwärtigen Nachtheilen der ungleichen und unbilligen Bertheilung höherer Pfarrstellen vorbeugende gesetzliche Regelung voraus. Die Sicherung der staatlichen Zustützleistungen und der Rechtshilfe gegen die Kirchengemeinden kann nur auf dem Wege staatlicher Gesetzgebung herbeigeführt werden, ebenso kann die Erhöhung des Dienstesommens der Geistlichen, abgesehen von den vereinzelten Fällen, wo die Kirchengemeinden mit höheren Leistungen für ihre Pfarrstellen eintragen können, im Wesentlichen nur mit Hilfe des Staates bewirkt werden. Um künftigen entgegenkommenden Schriften der staatlichen Instanzen vorzuarbeiten, soll dieses landeskirchliche Gesetz dazu dienen, um, soweit es auf dem Gebiete der Landeskirche möglich ist, eine feste Regelung dieser Angelegenheit herzuführen, insbesondere den Betrag der jedem Geistlichen unbedingt und den älteren nach gewissen Dienststufen zugesprechenden Mindestgehalter, sowie die Grenzen die hierbei den Kirchengemeinden obliegenden Verpflichtungen zu bestimmen.

In der Generaldebatte dankten zunächst Superintendent Dr. Evertsbusch-Lennep und Superintendent Bartelheim (Köln a. Rh.) Namens der westlichen Provinzen für die vorgeschlagene gesetzliche Neuregelung.

Der Gesetzentwurf enthält in §§ 1 bis 3 die Festsetzung des allgemein niedrigsten Einkommensbetrages der geistlichen Stellen, und zwar in § 1 für die gewöhnlichen Fälle, in §§ 2 und 3 für besondere Ausnahmefälle, in § 4 die Normierung der nötigstens durch persönliche Alterszulagen zu erreichen den höheren Mindestbesoldungen für einige Dienststufen, in § 5 die Bestimmung über die Anwendung vorgedachter Sätze in Fällen, wo die Stelle einen Emeritus hat.

In der Debatte über die ersten Paragraphen werden von den verschiedenen Seiten mannsfache Bedenken dagegen vorgebracht, daß die Gemeinden, ohne Rücksicht darauf, ob sie prästationsfähig sind, zu sehr belastet werden könnten, falls man ihnen aufs Neue schwere Pflichten durch dieses Gesetz für den Fall auferlegt, daß die staatliche Gesetzgebung fünfzig den Voraussetzungen nicht entspricht, welche man im Auge hat. Solche Bedenken äußert namentlich Syn. Freiherr v. Manteuffel, welchem sich Syn. Landesdirector v. Levezow anschließt. Auch dieser betont, daß er eine Annahme dieses Gesetzes ohne vorherige bestimmte Garantie bezüglich des Eingreifens der staatlichen Gesetzgebung nicht für unabdinglich hält. Die Gemeinden seien durch die Schullaufbahn übermäßig bedrückt, und es würde ein nicht sehr unträgliches Verhältniß der Gemeinden zu den Pfarrern sich herausstellen, wenn ihnen nun auch noch eine übermäßige Kirchenlast aufgebürdet würde. — Syn. v. Kleist-Rezowtheit diese Bedenken des Verordneten durchaus, erläutert sich aber doch für das Gesetz, da er das Vertrauen hat, daß die Staatsregierung den Bestimmungen des Kirchen-Regiments nach allen hier fraglichen Richtungen hin sich geneigt zeigen werde.

Dieselben Standpunkt vertritt Syn. Ober-Verwaltungsgerichtsrath Hahn, welcher es für seine Pflicht hält, bei dieser Gelegenheit es öffentlich auszusprechen, daß der preußische Staat seinen Verpflichtungen gegenüber der evangelischen Landeskirche durchaus nicht in genügender Weise nachkommt. (Beifall). Wenn die Geistlichen bis jetzt vielfach gemischaften Betteln geben müßten, so beweise dies, daß der Staat nicht eingedenkt sei der Zuflage, welche Friedrich Wilhelm III. der Kirche gemacht hat. — Nach weiterer unverständlicher Debatte werden die §§ 1—5 in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Die Hauptdebatte knüpft sich an § 6 des Gesetzentwurfs, welcher die Anordnung über das für gewisse Altersstufen zulässige Höchstgehalt enthält. Nach der Vorlage soll für alle hier in Betracht kommenden Pfarrstellen die Berufung von Geistlichen jeden Dienstalters zugelassen, aber den berufenen Geistlichen, welche die vom Kirchen-Regiment bezeichneten Dienststufen (10 resp. 15 Jahre) noch nicht erreicht haben, das Dienstesommens auf das Maß von 3600 M. resp. 5400 M. beschränkt und der Überschuss an einem gemeinsamen städtischen Fonds abgeführt werden. Die Verpflichtung zur Ablieferung des etwaigen Überschusses ist dem Stelleninhaber und nicht der Stelle auferlegt worden. Die Bestimmungen des § 6 sollen auf alle landeskirchlichen Pfarrstellen ausgedehnt werden; sie sollen jedoch keine Anwendung finden auf geistliche Stellen, welche durch unmittelbare

Landesherrliche Ernennung besetzt werden. Die für die Stellen landesherrlichen Patronats bisher geltenden Abstufungen in Betreff des Einkommens und des Dienstalters sollen weder verändert, noch vermehrt werden. — Die Debatte, an welcher sich die Syn. Schröder, Superintendent König, Superintendent Dr. Henner, Präf. Hegel, Graf Bitten-Schwerin, Dr. Köppel (Halle) und wiederholte der Präf. Dr. Hermes beteiligen, ist sehr umfangreich und dreht sich vorwiegend um die Frage, ob für Stellen königlichen Patronats eine Ausnahme hergestellt werden soll. Eine große Anzahl von Änderungen werden aus der Mitte der Synode zu den einzelnen Abtheilungen des § 6 gestellt.

Bei der Abstimmung wird der § 6 in folgender Fassung angenommen: Pfarrstellen, deren Jahreseinkommen außer freier Wohnung 3600 M. übersteigt, dürfen zum vollen Einkommensgenius nur an Geistliche von mindestens 10 Dienstjahren und wenn das Einkommen über 5400 M. beträgt, nur an solche von mindestens 15 Dienstjahren verliehen werden.

Wird zu einer solchen Pfarrstelle ein Geistlicher von geringerem Dienstalter berufen, so hat derjenige den Betrag, um welchen das Stellenesommens die seinem Dienstalter entsprechende Grenze übersteigt, nach näherer Bestimmung der kirchlichen Aufsichtsbehörde an einen kirchlichen Hilfsfonds abzuliefern; diese Ablieferung an den Hilfsfonds unterbleibt, so lange der Überschubbetrag unter Zustimmung der kirchlichen Aufsichtsbehörde nach den obwaltenden Bedürfnissen zur Neugründung oder Verbesserung des Dotationsfonds einer anderen geistlichen Stelle der selben Kirchengemeinde verwandt wird. Bei der Berechnung dieses Überschubbetrages ist der seitens der Gemeindeglieder im Wege der Umlage aufzubringende Gehaltsanteil, so weit und so lange ihn der Geistliche, gemäß § 1 dieses Paragraphen, nicht beziehen darf, unter Zumachs der aufkommenden Zinsen zu einem besonderen Pfarrcapital anzusammeln, wenn nicht derselbe unter Genehmigung der zuständigen kirchlichen Aufsichtsbehörde zu anderen Bedürfnissen der Gemeinde verwendet wird.

Der Hilfsfonds wird von dem Evangelischen Oberkirchenrat verwaltet und soll zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen in den, durch dieses Gesetz nicht berücksichtigten Fällen des Bedürfnisses verwendet werden. Die näheren Bestimmungen über seine Verwaltung und Verwendung bleiben einem besonderen Kirchengesetz vorbehalten.

Vorstehende Beschränkung im Betreff des Dienstesommens findet keine Anwendung auf geistliche Stellen, welche durch unmittelbare landesherrliche Ernennung besetzt werden. Im Ubrigen dürfen Ausnahmen nur zugelassen werden, wo dem neuen Pfarrer gleichzeitig ein Kirchenregimentliches Amt übertragen werden soll, wenn der Ev. Ob.-R. R. solches zur Erlangung eines für das Doppelamt geeigneten Geistlichen für nothwendig erachtet.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfs werden nach kurzer Be ratung gleichfalls angenommen, ebenso mit geringer Majorität folgende, von der Commission vorgeschlagene Resolution:

„Unter Bezugnahme darauf, daß im § 6 des Entwurfs zu dem Kirchen gesetz, betreffend das Dienstesommens der Geistlichen, ein besonderes Kirchengesetz über die Verwaltung und Verwendung des dafelbst vor gesehenen kirchlichen Hilfsfonds vorbehalten ist, wird der Ev. Ob.-R. R. ersucht, zu erwägen, ob nicht in diesem Gesetze zur Vermehrung des ge dachten Fonds auf eine Heranziehung der Pfarrbrüder, deren jährlicher Ertrag, ausschließlich des Wohnungsgrechtes, auf mehr als 600 Mark sich beläuft, gemäß § 15 der General-Synodalordnung Bedacht zu nehmen sei.“

Vom Syn. Frhr. v. Malzahn u. Gen. liegt außerdem folgende Resolution vor: „Die General-Synode geht bei Annahme des vorliegenden Gesetzes von der Voraussetzung aus, daß dasselbe nicht eher publiziert werde, als bis die Mittel zur Erfüllung der Zwecke der §§ 1 und 2 durch Staatsgesetz gesichert sind.“

Die Abstimmung über diese Resolution ist zweifelhaft, so daß zur Feststellung des Votums in der Form des Hammelsprunges geschritten werden muß. Derselbe ergiebt, daß 84 Abstimmende durch die Nein-Thür. 83 durch die Ja-Thür in den Saal treten, so daß die Resolution abgelehnt ist. Eine Abstimmung über das ganze Gesetz wird bis zur zweiten Lesung vorbehalten.

Wegen der vorgerückten Zeit wird die Beratung über den Gesetzentwurf, betreffend das Pfarr-Wahlrecht bis auf morgen vertragen.

Es folgt der Bericht des Syn. Helf über die Denkschrift des evangel. Oberkirchenrats, betreffend die Remunerierung der Superintenden ten. Die Staatsregierung hat gegenüber dem evangelischen Oberkirchenrat nach wie vor an dem Standpunkt festgehalten, daß das Amt des Superintendents ein kirchliches Ehrenamt und jede Remunerierung oder Besoldung aus Staatsmitteln dafür ausgeschlossen sei. Dem gegenüber beantragt die Commission folgende Verchlußfassung: Synode beschließt:

1) Die durch die Verwaltung der Superintendenturen erwachsenden Kosten, sowohl die für die persönlichen Dienstleistungen der Superintendenten, als die Dienstaufwands-Erfüllungen derselben, sind, da die Superintendenten Organe des landesherrlichen Kirchenregiments sind, aus Staatsmitteln zu decken; die Erträge der landeskirchlichen oder provinziellen Besteuerung der Gemeinden oder Kirchenklassen können, wenn nicht

andere dringende Bedürfnisse unbefriedigt bleiben sollen, dazu nicht verwendet werden.

2) Den Evang. Ob.-R. R. zu ersuchen, unter Festhaltung dieses Rechtsstandpunktes weiter mit dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten wegen Gewährung der erforderlichen Geldmittel aus der Staatskasse, vorläufig wenigstens zur Deckung der Bureauosten, zu verhandeln.“

Nach langer Debatt wird der Gegenstand mit einem Antrage des Superintendents Bindernelle (Sachsen), welcher die principielle Renummerierungspflicht des Staates schärfer betont, in die Finanzcommission zurückgewiesen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Superintendenten Leberstorff über die Anträge mehrerer Kreissynoden, betr. ein stellentes Zusammentreten der Kreissynoden. Auf Antrag des Referenten geht die Synode über zu Anträge zur Tagesordnung über.

[Professor Gräf.] Wie bereits unser Berliner Correspondent mitteilte, stammt Professor Gräf aus einer protestantischen Pfarrersfamilie. „Volksztg.“ ergänzt diese Mitteilung dahin, daß der Großvater des Professor Gräf Confessor und pastor primarius an der Domkirche zu Königsberg, und sein rechter Oheim Wald Confessor und ordentlicher Professor der Theologie an der Königsberger Universität war.

## Provinzial - Zeitung.

Breslau, 20. October.

### Angekommene Fremde:

Frau Gräfin Pfeil, Riga, Gottha.

n. Comt., Kreisewitz.

Frau Böle, Riga, Sironn.

Graham, Belfast.

Hötelz. deutschen Hause,

Albrechtsstr. Nr. 22.

Ilzner, Kreischutinsp.

Leberecht, Pleschen.

Henke, Bürgermeister, n. Gem.

Zublinz.

Neugebauer, Mönichkirchen, n. Gem.

Hanschin, Kl. Potsdam.

Kremet, Kl. Hamm.

Dr. Fleischacker, Arzt, Brunn.

Meyer, Kl. Budapest.

Stankevitz, Kl. Vilna.

Gräber, Kl. Klem.

Riegner's Hôte,

Königstr. 4.

v. Eberstein, Hauptm., n. Gem., Schweidnitz.

Umlauf, n. Gem., Frankenstein.

Sport, Kl. n. Gem., Liegnitz.

Leysenhor, Kl. Berlin.

Landsberger, Kl. Berlin.

Sander, Kl. Hannover.

Sieckner, Kl. Halle.

Krowarz, Kl. Berlin.

Arndt, Kl. Lauterhütte.

Neumann, Kl. Berlin.

Frankenfeld, Kl. Stuttgart.

Guttmann, Kl. Posen.

Wieruszowski, n. Gem., Kempen.

Fr. Glaser, Kl. Ob.-Glogau.

Dr. Zimmermann, Kl. Glad.

Engel, Kl. Frankfurt.

Hötel du Nord,

Albrechtsstr. 17.

Graf Naphus, Kl. Neumünster.

Niedorf, Kl. Liegnitz.

Lienert, Kl. Luzern.

Derpa, Deputat, Posen.

Gesell, Kl. Sonnenfeld.

Weinrich, Kl. Aachen.

Nudens, Kl. Ebersfeld.

Voigtmann, Kl. Leipzig.

Wiprecht, Kl. Bautzen.

Joh. Strauch, Lederin, Oppeln.

Hötel de Rome,

Wurmser, Kl. Neu-Ulm.

Niedorf, Kl. Liegnitz.

Gräf, Kl. Luzern.

Derpa, Deputat, Posen.

Gesell, Kl. Hannover.

Zeisig, Kl. Matzib.

Dumont, Kl. Falkenberg.

Matticha, Kl. Frankfurt a. O.

Barsombel, Priv., Stabelwitz.

Cours- Blatt.

Breslau, 20. October 1885.

Berlin, 20. Oct. [Amtliche Schluss-Course.] Schwächer.

Eishn-Stamm-Aeractien.

Cours vom 20. 19.

Posener Pfandbriefe 101 — 100 80

Saatz-Ludwigshaf. 99 90 99 90

Galiz. Carl-Ludw.-B. 89 10 90 70

Goth. Prm.-Pfbr. S.I. 98 — 97 90

Gothard-Bahn ... 105 10 105 50

Warschau-Wien ... 204 40 205 —

Lubeck-Büchen ... 163 20 162 90

Breslau-Freib. 4½% 101 50 —

Oberschl. 3½% Lit.E — — — 97 20

do. 4½% — — — — 101 50

do. 4½% 1879 104 50 —

R. O.-U.-Bahn 4½% II. 102 40 102 60

Mähr.-Schl. - Ctr. B. 60 20 60 —

Ausländische Fonds.

Italienische Rente... 94 70 94 60

Oest. 4½% Goldrents 88 — 88 40

do. 4½% Papier. 66 10 65 70

do. 4½% Silbern. 66 50 66 30

do. 1880er Looses 115 20 115 20

Der Kataster-Supernumerar Wilhelm Gottlob Klante hier selbst ist zum Kataster-Assistenten wiederruflich ernannt. — Die Wahl des pensionierten Amtsgerichts-Sekretärs Julius Neizmann zum unbefoldeten Beigeordneten der Stadt Poln.-Wartenberg ist auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren bestätigt worden.

### Teleg r a m m e.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

Braunschweig, 20. October. Dem heutigen Landtage schlug der Minister Götz-Wrisberg den Prinzen Albrecht zum Regenten vor. Die staatsrechtliche Commission berichtet morgen über den Vorschlag.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Braunschweig, 20. October. In dem dem Landtag heute vorgelegten Schreiben des Staatsministeriums vom 25. August, welches dem Herzog von Cumberland den bekannten Bundesrath-Beschluß, sowie den Landtagsbeschluß vom 30. Juni mittheilt, heißt es: „Das Staatsministerium werde bei weiteren Maßregeln bezüglich der Thronfolgerfrage streng auf dem durch das Regentschaftsgesetz angewiesenen Standpunkte beharren, es müsse die Frage, ob und welche Maßnahmen von Cumberland nunmehr zu ergreifen sind, dessen Ermessens umso mehr überlassen, als er bereits in dem Protheschreiben vom 2. November 1884 erklärt habe, er werde erwägen, was weiter zu geschehen habe.“

London, 20. October. Die Expedition gegen Birma soll aus 8000 Mann bestehen. Der britische Commisär in Rangoon ist angewiesen, die kategorische Antwort auf das englische Ultimatum binnen vier Tagen, vom Empfange desselben, zu verlangen. Die „Times“ will wissen, Salisbury mache die Theilnahme Englands an der Konferenz über die rumelische Angelegenheit von gewissen Vorbehalten abhängig.

Petersburg, 20. October. Der „Börsenzeitung“ zufolge ist das Quantum pro 1886 von Goldwäschern gegen fertige Münze einzutauschenden silberhaltigen Goldes auf ca. 2140 Pud veranschlagt. Der Münzschafft sei für 1886 beauftragt worden, sich für chemische Scheidung gedachten Metallquantums bereit zu halten, und Halbimperiale für ca. 25 Mill., vollprobiige Silbermünze für 0,5 Mill., silberne Scheidemünzen (nichtprobobaltige) für 1,2 Mill., Kupfermünzen für 0,1 Mill. auszurütteln. — Der „Wedomost“ zufolge brachte der Finanzminister im Reichsrat einen Gesetzentwurf, bezüglich des neuen Münzschafftstatuts neuer Gold- und Silbermünzprägung, ein.

Bukarest, 20. October. Die rumänische Regierung verbot die Pferdeausfuhr nach Bulgarien.

Bremen, 19. Oct. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Fulda“ ist gestern Nachmittag 6 Uhr in Southampton eingetroffen.

### Handels-Zeitung.

Breslau, 20. October.

\* Cassation der Schlussnoten-Stempelmarken. Auf eine bezügliche Anfrage betreffs der Formalitäten für die Cassirung der Schlussnoten-Stempelmarken ist einer Berliner Bankfirma der folgende Bescheid des Berliner Provinzial-Steuerdirectors zugegangen: „Berlin, 12. October 1885. Auf die Anfrage vom 5. October d. J. erwider ich ergebenst, dass ich die Cassation der auf den mir vorgelegten Schlussnoten vom 2. und 3. October haftenden Reichsstempelmarken als den Ausführungsbestimmungen 12b Absatz 3, entsprechend nicht erachten kann. Es ist hier vielmehr ausdrücklich bestimmt, dass principaliter die Firma oder der Name des Ausstellers der Schlussnote auf jeder Hälfte der Marke ganz stehen, dass es eventuell aber auch für genügend angesehen werden soll, wenn nur ein Theil der Firma oder des Namens auf der halben Marke selbst steht, der andere Theil der Firma oder des Namens aber über die Marke hinaus entweder auf einem Theil des Formulars oder auf einer zweiten, auf derselben Seite des Formulars haftenden Marke oder endlich auf beide, d. h. die zweite Marke und einen Theil des Formulars hinüberreicht. Nur so sind die letzten Worte des Absatzes „oder auf beide hinüberreicht“ zu interpretieren. Da hiernach und dem Absatz 6 derselben Ausführungsbestimmungen, die auf den Schlussnoten vom 2. und 3. October d. J. befindlichen Marken als verwendet nicht angesehen werden können, so müssen diese Schlussnoten noch nachträglich mit gehörigen cassirten Stempelmarken versehen werden. In dieser Richtung muss ich Ihnen anheimengehen, als Zweitverpflichtete (§ 9 Abs. 2 des Gesetzes vom 29. Mai resp. 3. Juli 1885) die ordnungs-

mäßige Cassation von Marken in der Ihnen nach § 11 zustehenden Frist auf den anbei zurückzuführenden Schlussnoten herbeizuführen und mir nachzuweisen, oder über dieselben Geschäfte andere Schlussnoten anfertigen und zu demselben die gehörigen Stempel ordnungsmässig cassiren zu lassen, und die zu den Schlussnoten cassirten Marken unter Vorlegung der alten und neuen Schlussnoten zur Erstattung zu liquidieren.“

\* Die Zuckerrübenrente wird bisher durch das regnerische Wetter verzögert, und da auch die Anfuhr der Rüben in einigen Gegenden in Oberschlesien durch die grundlosen Wege sehr erschwert wurde, so musste sporadisch der Betrieb der Fabriken eingeschränkt, sogar ganz eingestellt werden. Im Uebrigen, schreibt der „Landwirth“, sind die Zufuhren nicht bedeutend; während im vorigen Jahre lange Wagenzüge stundenlang auf die Abnahme warteten, gelangten in diesem Jahre die Fuhrwerke recht bequem zur Waage. Seitens der Fabriken ist man diesmal auch nicht so peinlich in Betreff der Qualität der Rüben, wie solches im vorigen Jahre der Fall war. Infolge der bisherigen geringen Zufuhren haben die Fabriken den Preis pro Centner Rüben schon auf eine Mark erhöht. — Wie der „D. Z. J.“ aus Oberschlesien berichtet wird, haben die Rüben durch die starken Niederschläge im September bedeutend an Zuckergehalt eingebüßt. Im vorigen Jahre zeigten sie um dieselbe Zeit 15,72 pCt. Zucker im Saft, heuer sind die Durchschnitte polarisationen 12,63 pCt. Zucker im Saft; auch scheint das nasse Wetter einen ungünstigen Einfluss auf die Haltbarkeit der Rüben ausgeübt zu haben, da jetzt schon in den Haufen, die einige Tage vor Beginn der Campagne als Vorrath angesammelt wurden, ein Anfang zu beobachten ist und ein starkes Auswachsen sich zeigt, wohl ein Beweis, dass in den Rüben noch bedeutende Saftcirculation stattfindet. Die Klagen über geringere Ausbeute an Füllmasse, gegenüber der Polarisation, scheinen in Schlesien allgemein zu sein.

### Zahlungsstockungen und Concurrenz.

\* Concours-Eröffnungen. Friseur August Hermann Höhnel, Annaberg.—Josef Wolfstein, Mehl- und Landesproduzenten-Handlung, Bochum.—Bierbrauer Albert Rommel, Oberndorf. — Kaufmann Max Schill, Pforzheim.

Schlesien. Maschinenbauer Julius Reimann zu Glatz; Concoursverwalter: Kaufmann Hugo Grond; Termin: 11. November.

### Submissionen.

B—n. Submission auf Oberbaumaterial. Die Königl. Eisenbahndirection Berlin hatte die Lieferung von u. A. I) 205 000 kg Schienenlaschen aus Flussschliffstahl, 2) 227 000 kg Unterlagsplatten, 3) 60 000 kg dergl. 4) 41 000 kg dergl. zu Holzschwellenoberbau, ferner zum Bau nach System Hilf: 5) 3 751 500 kg Langschwellen aus Flussschliffstahl, 6) 316 600 kg Schienenlaschen aus Flussschliffstahl zur Submission gestellt. Von schlechten Werken offerirten per 1000 kg frei Fabrikstation: Vereinigte Königs- und Laurahütte ad 1 von Bessemertal zu 122 M., ad 2—4 ungetheilt zu 140 M.; Oberschles. Eisenbahndirections-Actiengesellschaft „Friedenshütte“ ad 1 ungetheilt zu 115 M., ad 2—4 mindestens 120 000 kg zu 110 M., ad 6 zu 115 M.; Consol. Redenhardt in Zabrze ad 1—4 zu 114,50 M. Von den übrigen Offerten erwähnen wir noch: Bochumer Verein für Gussstahlfabrikation ad 1 zu 124 M., ad 2—4 zu 102 M., ad 5 zu 135 M., ad 6 zu 122 M.; Union, Act.-Ges. Dortmund, ad 1 zu 140 M., ad 2—4 rein Schweisseisen zu 102 M. frei Stehle, ad 5 und 6 zu 140 M.; Action-Gesellschaft für Stahlindustrie, Bochum ad 2 und 3 zu 104,50 M.; Königin-Marienhütte in Cainsdorf ad 1 mindestens 100 000 kg zu 129 M., ad 2—4 zu 112 M., ad 6 zu 131 M. frei Zwickau.

### Marktberichte.

Posen, 19. Octb. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne. Getreide- und Producten-Bericht.] Wetter: Regen. Bei äusserst schwacher Zufuhr fanden nur geringe Umsätze in Roggen und Hafer zu unveränderten Preisen statt. Laut Ermittelung der Markt-Commission wurden pro 100 Kilogramm folgende Preise notirt: Weizen 15,50 bis 14,80—14,30 M., Roggen 13—12,50—12,10 Mark, Gerste 11,80—11 M., Hafer 12,80—12,30—11,70 M., Kartoffeln 2,60—2,20 M. — An der Börse: Spiritus matter. Bekünd. —, —. Loco ohne Fass 37,00 M. bez., October 37,30 M. bez., November 36,90 M. bez., December 36,90 Mark bez., Januar 37,00 Mark bez., Februar 37,40 Mark bez., April-Mai 38,80 M. bez., Br. u. Gd.

Dresden, 19. Octb. [Amtliche Notirungen der Producten-Börse.] Wetter: Bewölkt. Stimmung: Ruheig. — Weizen per 1000 Kilogramm netto weiss, inländisch 165—170 Mark, weiss, fremder 170—180 M., braun, deutscher 160—164 M., braun, fremder 160 bis 180 Mark, braun, englischer 153—158 Mark. — Roggen per 1000 Kilogr. netto sächsischer 144—146 M., russischer 140—143 M., fremder 144—149 M., Galizier — M. Gerste per 1000 Kgr. netto sächsischer 145 bis 155 M., böhm. und mähr. 155—170 M., Futtergerste 120—130 M.,

### Courszettel der Breslauer Börse vom 20. October 1885.

#### Amtliche Course (Course von 11—12<sup>1/4</sup> Uhr).

##### Ausländische Fonds.

	heut. Cours.	voriger Cours.
OestGold-Rente 4	88,10 G	88,00 G
do. Silb.-Rente 4 <sup>1/2</sup>	66,50 bz	A./O.
do. Pap.-Rente 4 <sup>1/2</sup>	65,73 G	65,50 G
do. do.	5	G
do. Loose 1860 5	115,00 G	115,50 bz
Ung Gold-Rente 4	79,20bz	78,90a85 bzBkl.
do. Pap.-Rente 5	72,90 B	72,75 G
Italiener .... 5	94,50 G	94,25 G
Poln. Liq.-Pfd.b. 4	55,30 bz	55,50 etw. bzB
do. Pfandbr. 5	60,50 bz	60,40 bzG
Russ. 1877 Anl. 5	98,50 G	98,75 G
do. 1880 do. 4	80,50a80,80bzB	80,40 etw. bz
do. 1883 do. 6	109,00 B	109,25 B
do. 1884 do. 5	95,20 bz	94,90 bz kl. 5,40
Orient-Anl. E. I. 5	—	—
do. do. II. 5	60,25 B	59,90 G
do. do. III. 5	60,25 B	59,90 G
Rumän. Oblig. 6	102,75 bz	102,75 B
do. amort. Rente 5	92,50 bzG	91,75 B
Türk. 1865 Anl. 1	conv. 14,75 bz	conv. 14,50 G
do. 400Fr-Loose	33,50 G	32,00 G
Serb. Goldrente 5	79,75 B	79,00 bzG
Serb. Hyp.-Obl. 5	—	—

##### Ausländische Eisenbahn-Aktionen und Prioritäten.

	heut. Cours.	voriger Cours.
Carl-Ludw.-B. 4	6,47	—
Lombarden ... 4	1 <sup>1/2</sup>	—
Oest. Franz. St. b. 4	6,4	—
Kasch.-Oderbg. 5	—	—
do. Prior. 5	—	—
Krak.-Oberschl. 4	—	99,00 B
do. Prior.-Obl. 4	—	99,00 B

##### Bank-Aktionen.

	Brsl. Discontob. 4	82,00 G	83,00 B
Brsl. Wechselbr. 4	5 <sup>1/2</sup>	95,75 B	95,50 B
do. Reichsbank. 4 <sup>1/2</sup>	6 <sup>1/2</sup>	102,00 B	102,00 B
do. Bodencred. 1	6	109,50 etw bz	109,50 B
Oesterr. Credit. 4	9 <sup>3/4</sup>	—	B

##### Fremde Valuten.

Oest. W. 100 Fl. ...	162,40 bz	162,25a10 bzG
Russ. Bankn. 100 SR. ...	201,00 bz	200,25 bzG

##### Industrie-Papire.

Bresl. Strassenb. 4	6 <sup>1/2</sup>	141,00 G	140,00 G
do. 4% Obligat. 4	—	100,20 B	100,20 B
V. K. u. L.-Obl. 4 <sup>1/2</sup>	4 <sup>1/2</sup>	101,15 B	101,15 B
do. Act.-Brauer. 4	2 <sup>1/2</sup>	—	—
do. A.-G. f. Möb. 4	0	—	—
do. do. St.-Pr. 4	0	—	—
do. Baubank. 4	0	—	—
do. Börsen-Akt. 4	6	—	—
do. Wagenb. 4	8 <sup>1/2</sup>	115,00 B	115,00 B
Do. 3% Wechselbr. 4	1	32,75 G	32,75 G
Donnersmckrh. 4	1	—	—
do. Part.-Oblig. 5	5	—	—
Erdmannsd. A.-G. 4	4	—	—
do. Lit. K. 4	101,25 G	101,10 G	—
do. 1876 5	101,30 G	101,00 bz	—
do. 1879 5	101,00 G	101,00 G	—
do. Lit. G. 4 <sup>1/2</sup>	101,25 G	101,10 G	—
do. Lit. H. 4 <sup>1/2</sup>	101,25 G	101,10 G	—
do. Lit			